

> Berlin aktuell

Zur Arbeit von Ingbert Liebing

Redaktion: Sophie Brachvogel



Für die Mitglieder und Freunde der CDU in Nordfriesland und Dithmarschen Nord

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde,

wenige Tage vor Weihnachten möchte ich Ihnen einen herzlichen Gruß für besinnliche Festtage übersenden. Ich wünsche Ihnen alles Gute, Zeit für Entspannung und einen guten Start ins neue Jahr 2012, das mit neuen Aufgaben verbunden sein wird.

In dieser Woche haben wir im Deutschen Bundestag noch wichtige Debatten zu großen Themen geführt. Unser Umweltminister Dr. Norbert Röttgen berichtete von der Weltklimakonferenz in Durban. Die Konferenz stand kurz vor dem Scheitern. Insbesondere Deutschlands Rolle und der Einsatz von Norbert Röttgen haben am Ende noch zu einem Erfolg geführt. Ich freue mich, dass gerade Norbert Röttgen Ehrengast bei der Jahresauftaktveranstaltung der CDU-Kreisverbände Nordfriesland und Dithmarschen sein wird (Freitag, 13.1.2012, 17 Uhr in Husum, Nordsee Congress Centrum). Sie sind herzlich eingeladen, Norbert Röttgen persönlich zu erleben.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat in einer Regierungserklärung die Beschlüsse des jüngsten EU-Gipfels erläutert. Dort hat sie mit Hartnäckigkeit und Vehemenz deutsche Interessen durchgesetzt. Europa muss zu einer Stabilitätsunion werden. Unsere Schuldenbremse wird Vorbild für alle anderen europäischen Staaten. Nur Großbritannien steht im Abseits. Das darf uns aber nicht daran hindern, das zu tun, was zur Stabilität unserer Währung nötig ist. Dies in die Praxis umzusetzen wird unsere größte Herausforderung im neuen Jahr werden. Mit dem fiskalpolitischen Pakt, der bis März 2012 ausgearbeitet wird, entsteht eine neue Vertragsgrundlage für den Euro. Wer die gemeinsamen Grenzen von Staatsdefizit und Gesamtverschuldung nicht beachtet, unterliegt fortan Eingriffen der Vertragsgemeinschaft.

Bezeichnend ist, dass SPD und Grüne den deutschen Verhandlungserfolg kritisieren. Sie waren es, die Hilfen für Griechenland ohne Bedingungen forderten und jetzt für die Euro-

bonds eintreten, was für uns zusätzliche Milliardenkosten für höhere Zinsen bedeuten würde. Da ist Deutschland mit Angela Merkel und Wolfgang Schäuble eindeutig in besserer Hand!

Die Entscheidungen zur Truppenreduzierung treffen auch uns an der Westküste. Heide bleibt, Husum bleibt, die Spezialpioniere bleiben, und Stadum bleibt trotz Reduzierung ein starker Standort. Bitter ist der Verlust von Seeth. Die Auflösung der Depos in Ladelund, Bargum und Bramstedtlund kommt nicht überraschend. Jetzt brauchen wir schnell Klarheit über die Zeitachse, wann welche Maßnahmen umgesetzt werden sollen. Diese Klarheit brauchen die betroffenen Menschen. Es ist gut, dass der Verteidigungsminister diese Entscheidungen zügig im 1. Quartal des neuen Jahres treffen will.

Der Bundestag hat auch über den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr beraten. Die Bundesregierung hat den jährlichen Fortschrittsbericht vorgelegt. Er zeigt die Erfolge, aber auch Rückschläge auf, Sicherheit in die Verantwortung der Afghanen zu übergeben. Diese Übergabe hat begonnen und wird schrittweise fortgesetzt. Dies ermöglicht auch, die Zahl der deutschen Soldaten in Afghanistan zu reduzieren. Wenn im Januar über die nächste Mandatsverlängerung entschieden wird, wollen wir ihre Zahl von 5.350 auf 4.900 Soldatinnen und Soldaten senken.

Sie leisten fern der Heimat einen wichtigen Beitrag für unsere Sicherheit. Dafür gebührt ihnen Dank und Anerkennung der Gesellschaft. Daran zu erinnern liegt mir gerade jetzt, wenige Tage vor Weihnachten: Denken wir auch an sie, die das Fest fern der Familie verbringen, damit wir sicher leben können!

Nochmals alles Gute, frohe Weihnachtszeit und alles Gute für das neue Jahr wünscht

Ingbert Liebing, MdB

CCS weiter in der Diskussion/Kreislaufwirtschaftsgesetz

Nachdem der Bundesrat durch die Mehrheit aus SPD- und grünregierten Ländern am 23.9.2011 dem vom Deutschen Bundestag beschlossenen CCS-Gesetzentwurf mit der Länderklausel abgelehnt hatte, hat das Bundeskabinett am 26.10.2011 beschlossen, den Vermittlungsausschuss anzurufen. Dem Ausschuss gehören Vertreter von Bundestag und Bundesrat an und ihre Aufgabe ist es, eine Klärung der Situation herbeizuführen. Hintergrund ist eine EU-Richtlinie, die von der Bundesregierung bei Androhung eines Vertragsverletzungsverfahrens, das mit hohen Kosten für Deutschland verbunden ist, die Verabschiedung eines CCS-Gesetzes verlangt. Ein CCS-Gesetz wird also zwangsläufig kommen, fraglich ist allerdings sein Inhalt. Obwohl die Mitglieder des Vermittlungsausschusses bereits zweimal zusammengetreten sind (zuletzt am 22.11.2011), konnten sie keine Verständigung erzielen, so dass sich der Ausschuss erneut vertagen musste. „Meine Zielsetzung war, ist und bleibt es, dass die Länderklausel, mit der Schleswig-Holsteins und Nordfrieslands Interessen gewahrt sind, erhalten bleibt und dieses erzielte Ergebnis für die Zukunft gerettet wird. Selbstverständlich ist dies nicht, da andere Bundesländer das Gesetz gerade wegen dieser Länderklausel abgelehnt haben. Aber

nach der Ablehnung des Gesetzentwurfes im Bundesrat ist dies der richtige und sinnvolle Weg“, so Liebing. Mit der Länderklausel entscheiden die Bundesländer selbst, ob sie CO₂-Speicherung zulassen oder verbieten wollen.

Neues Abfallrecht beschlossen

Mit der Bundestagsentscheidung für das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz wird ein Schlussstrich über monatelange Auseinandersetzungen zwischen privater Entsorgungswirtschaft und kommunaler Entsorgungsverantwortung gezogen. Mit dem neuen Gesetz wird Rechtssicherheit geschaffen, wann und wo gewerbliche Sammlungen ermöglicht werden, ohne die kommunale Verantwortung für eine flächendeckende hochwertige ökologische Abfallentsorgung zu gefährden. Die kommunale Verantwortung wird gesichert. Rosinenpickerei, wie sie von den Kommunen befürchtet wurde, wird mit diesem Gesetz ausgeschlossen. Damit trägt die Koalition ihrem Ziel Rechnung, die Abfallwirtschaft zu einer echten Kreislaufwirtschaft fortzuentwickeln, aber auch ihrer Verantwortung für die Kommunen, denen diese Aufgabe zu allererst obliegt. Auch dieses gute Ergebnis für die Kommunen ist vom SPD-dominierten Bundesrat abgelehnt worden. Nun ist der Vermittlungsausschuss am Zug.



Ingbert Liebing MdB, Vorsitzender des Arbeitskreises Küste der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, organisierte einen Meeresschutzkongress über neue Impulse für den internationalen Meeresschutz am 24. Oktober zusammen mit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Berliner Reichstagsgebäude. Im Rahmen der Rio+20-Veranstaltungsreihe zur Vorbereitung des Jubiläumsgipfels über den Schutz der Biodiversität wurde über Nutzungskonflikte und entsprechende Lösungsansätze diskutiert, über die EU-Fischereipolitik und internationale Schutzbemühungen ebenfalls. Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und die EU-Kommissarin für Fischereipolitik Maria Damanaki, Wissenschaftler und Vertreter von Schutz- und Nutzerverbänden sowie die verantwortlichen Minister der Bundesregierung waren vertreten.

Liebing organisierte Fachgespräch zur Nationalen Küstenwache

Seit 12 Jahren, seit der Havarie der Pallas vor Amrum, ist der Ruf nach einer einheitlichen Küstenwache zur Verbesserung der Sicherheitsarchitektur in Nord- und Ostsee nie verhallt. Dennoch ist die Küstenwache bisher am Streit zwischen Bundes- und Landesministerien gescheitert. Erst in dieser Wahlperiode hatte sich die christlich-liberale Koalition in ihrem Koalitionsvertrag das Ziel gesetzt, „mit der späteren Zielsetzung des Aufbaus einer nationalen Küstenwache zunächst die Kompetenzen der gegenwärtig am Küstenschutz beteiligten Bundesbehörden zusammenzuführen“.

Zurzeit wird dieses Thema in einer Arbeitsgruppe von vier Bundesministerien behandelt. Um bei diesem Thema Druck zu machen, hatte der Ingbert Liebing gemeinsam mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dr. Günter Krings zu einem Fachgespräch in den Reichstag eingeladen.

Hundert fachkundige Gäste informierten sich und diskutierten mit vier Parlamentarischen Staatssekretären aus dem Bundesverkehrsministerium, Innenministerium, Landwirtschaftsministerium sowie Finanzministerium. Diese vier Ministerien sind mit eigenen Schiffen in Nord- und Ostsee in ihrem jeweiligen Aufgabenspektrum für Sicherheit auf See zuständig. Für die nordfriesische Insel- und Halligkonferenz trug der Sylter Manfred Uekermann die Erwartungshaltung der Küste vor. Auch Nordfrieslands Landrat Dieter Harrsen bekräftigte als Vorsitzender der Schutzgemeinschaft Deutsche Nordseeküste die Forderung nach einer einheitlich geführten Küstenwache. Der Kommandeur des Havariekommandos in Cuxhaven Hans Werner Monsees berichtete über seine praktischen Erfahrungen im Umgang mit komplexen Schadenslagen. Der Präsident der Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt, Joachim Franklin, begründete die auch vom Staatssekretär im Bundesinnenministerium Dr. Ole Schröder vertretene Auffassung, dass eine stärkere Integration der Bundesbehörden notwendig sei. Demgegenüber äußerte sich der Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Enak Ferlemann, skeptisch, ob überhaupt ein derartiger Veränderungsbedarf notwendig sei. Diese Position wurde für die Wasserschiffahrtsverwaltung vom Präsidenten Klaus Frerichs aus Aurich untermauert. Die neuen Herausforderungen, die sich



Ein Fachgespräch zum Thema einheitliche Nationale Küstenwache mit rund 100 Personen organisierte Liebing im November.

durch den Bau von Offshore-Windparks ergeben, stellte Christian Dahlke vom Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie dar, der für die Genehmigungsverfahren verantwortlich ist.

Die Veranstaltung hat deutlichen Handlungsbedarf aufgezeigt. Der Bau von neuen Offshore-Windparks stellt neue Anforderungen an die Sicherheitskräfte. Aber auch die Ziele der Fischereireform auf europäischer Ebene werden für die Fischereiaufsicht neue Aufgaben mit sich bringen, um illegale Fischerei und Überfischung zurück zu drängen. Die Bekämpfung von Kriminalität und Terrorismus wird ebenfalls auf See eine höhere Bedeutung bekommen, wenn dort mit Energieinfrastruktureinrichtungen von Windparks über Umspannwerke bis zur Gaspipeline durch die Ostsee neue mögliche Angriffsziele errichtet werden. Auf diese neuen Herausforderungen ist die Sicherheitsarchitektur bei weitem noch nicht ausreichend vorbereitet. Bezeichnend ist, dass mehrere beteiligte Behörden und Bundesministerien erst einmal mehr Geld, Einsatzmittel und Personal fordern. Bevor daran zu denken ist, muss jedoch das Potenzial an Effizienzsteigerung genutzt werden, das in einer besseren Kooperation und Integration liegt.

Anfang des kommenden Jahres will die interministerielle Arbeitsgruppe ihren Abschlussbericht vorlegen. Nach Liebings Einschätzung ist nichts anderes zu erwarten, als dass die in der Arbeitsgruppe beteiligten Bundesministerien streng auf Erhalt ihrer Ressortkompetenzen achten werden. Jetzt muss aus dem Parlament heraus Druck für Veränderungen gemacht werden. Die Koalition hat sich ein Ziel gesetzt, das nicht von den Fachverwaltungen unterlaufen werden darf.

Bund unterstützt Kommunen bei Sozialausgaben

Der Bund will die Kommunen bei den Sozialausgaben unterstützen. Dies wird mit dem Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung erreicht, das vielen bedürftigen Kindern und Jugendlichen bessere Lebens- und Entwicklungschancen eröffnet. Das Bildungspaket wurde bei voller Kostenerstattung durch den Bund in kommunale Zuständigkeit überführt.

Mit der gleichfalls beschlossenen schrittweisen Übernahme der dynamisch anwachsenden Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII) durch den Bund verringert sich die drückende Last der kommunalen Sozialausgaben spürbar und auf Dauer. Allein bis 2015 ergibt sich daraus eine Stärkung der Finanzkraft der Kommunen in Höhe von 12,2 Milliarden Euro. Von der Entlastung profitieren verstärkt diejenigen Kommunen, die unter besonderen drängenden Finanzproblemen leiden.

Mit dem Gesetz zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen hält die bürgerliche Koalition Wort und entlastet die Kommunen von immer stärker zunehmenden Soziallasten. Mit diesem Gesetz steigt der Bund in die Finanzierung der Grundsicherung

im Alter ein. Dies ist der erste Schritt, bis 2014 übernimmt der Bund diese Aufgabe vollständig. Im Ergebnis werden die Kommunen bundesweit um 4 Mrd. Euro entlastet. Für Schleswig-Holstein sind dies ca. 120 Mio. Euro, für einen Landkreis wie Nordfriesland 5 Mio. Euro, für Dithmarschen 4 Mio. Euro. Eine so starke finanzielle Entlastung für die Kommunen durch den Bund hat es bisher noch nie gegeben.

„Bund entlastet die Kommunen“

Mehrere Bundesländer versuchen, Teile der vom Bund getragenen Kommunalentlastung zugunsten ihrer Länderhaushalte abzugeben, beispielsweise durch Änderung bzw. Kürzung des kommunalen Finanzausgleichs. Dies konterkariert die Zielsetzung der Koalition und des Bundesgesetzgebers, die Kommunen zu entlasten. Die vom Deutschen Bundestag beschlossene Entlastung der Kommunen muss vollständig und dauerhaft realisiert werden.



Peter Götz, KPV-Bundesvorsitzender, gratulierte Ingbert Liebig nach der erfolgreichen Abstimmung (Foto: Link).

Auf dem 24. Parteitag der CDU Deutschlands in Leipzig hat Liebing für die KPV einen Initiativantrag durchsetzen können, der dies verhindern soll. Nach einer Rede von Ingbert Liebing stimmten die Delegierten mit großer Mehrheit dafür, dass die Landesregierungen die Mehrausgaben des Bundes an die Kommunen ungeschmälert weitergeben sollen, anstatt Teile davon zugunsten ihrer Länderhaushalte abzuzweigen.

Kontakt Ingbert Liebing | Mitglied des Deutschen Bundestages

Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

☎ (030) 227 - 71 173

☎ (030) 227 - 76 142

✉ ingbert.liebing@bundestag.de

Ansprechpartner:

Sophie Brachvogel, Silke Stallkamp, Regine Sternebeck

Mehr Infos unter:

www.ingbert-liebing.de

Wahlkreisbüro Nordfriesland

Johanna Papke, Katrin Poschkamp,
Hannes Fuhrig
Heckenweg 1
25813 Husum

☎ (04841) 90553-15

☎ (04841) 90553-29

✉ ingbert.liebing@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro Dithmarschen-Nord

Anne Ohlsen
Hamburger Str. 7
25746 Heide

☎ (0481) 34 06

☎ (0481) 53 82

✉ service@cdu-dithmarschen.de

